



Ergänzende Informationen zur „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“

Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, in Deutschland die Sicherheit des Restbetriebs der Kernkraftwerke, ihre Stilllegung und ihren Rückbau sowie die Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle in technischer wie in finanzieller Hinsicht auch langfristig zu gewährleisten. Dabei geht die Bundesregierung von dem Grundsatz aus, dass die Kosten von den Verursachern getragen werden. Gleichzeitig will die Bundesregierung sicherstellen, dass die verantwortlichen Unternehmen langfristig wirtschaftlich in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus dem Atombereich zu erfüllen.

Die Bundesregierung hat daher mit Kabinettsbeschluss vom 14. Oktober 2015 eine **Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)** eingesetzt. Die Kommission wird im Auftrag der Bundesregierung prüfen und Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie die Sicherstellung der Finanzierung von Stilllegung und Rückbau der Kernkraftwerke sowie Entsorgung der radioaktiven Abfälle so ausgestaltet werden kann, dass die verantwortlichen Unternehmen auch langfristig wirtschaftlich in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus dem Atombereich zu erfüllen.

Ferner hat die Bundesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 14. Oktober 2015 die Einsetzung eines Staatssekretärsausschusses Kernenergie beschlossen, mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes. Der Staatssekretärsausschuss soll die Arbeit der Kommission begleiten und ihren Bericht auswerten. Die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs soll dem Staatssekretärsausschuss bis Ende Januar 2016 eine Empfehlung vorlegen.

Die Kommission wird fachlich und organisatorisch durch einen **ressortübergreifenden Arbeitsstab beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**, bestehend aus Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, unterstützt.

Eine Übersicht über die Mitglieder der Kommission finden Sie auf der nächste Seite.

Die Ko-Vorsitzenden



Matthias Platzeck
Ministerpräsident des Landes
Brandenburg a. D. (SPD)



Ole von Beust
Erster Bürgermeister von Hamburg
a. D. (CDU)



Jürgen Trittin
Bundesumweltminister a. D.
(B90/Die Grünen)

Die weiteren Mitglieder der Kommission

Michael Fuchs	Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Zuständig für Wirtschaft und Energie
Hartmut Gaßner	Rechtsanwalt (Schwerpunkt Energie- und Atomrecht)
Monika Griefahn	Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland; Umweltministerin in Niedersachsen a. D.; Bundestagsabgeordnete a. D. (SPD)
Ulrich Grillo	Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie
Regine Günther	Leiterin des Fachbereichs Klimaschutz und Energie beim WWF Deutschland
Gerald Hennenhöfer	Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium (mehrfach); Generalbevollmächtigter für Wirtschaftspolitik des Energiekonzerns Viag
Reiner Hoffmann	Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Prof. Karin Holm-Müller	Leitung der Professur für Ressourcen- und Umweltökonomik, Universität Bonn
Bischof Ralf Meister	Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover
Prof. Dr. Georg Milbradt	Ministerpräsident des Freistaates Sachsen a. D.
Dr. Georg Nüßlein	Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zuständig für Umweltpolitik
Simone Probst	Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit a. D.
Dr. Werner Schnappauf	Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz a. D. und BDI-Hauptgeschäftsführer a. D.
Ute Vogt	Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Hedda von Wedel	Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a. D.
Dr. Ines Zenke	Rechtsanwältin, Beratung der Bundesregierung u. a. z. T. Atomrückstellungen